

Erklärung von Bernd Lammel, Vorsitzender des DJV Berlin

In der am 13. September 2015 vom rbb Fernsehen ausgestrahlten „Abendschau“ wurde berichtet, es bestünde der Verdacht, ich sei Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR gewesen. Dies werde aus Unterlagen des MfS geschlossen. Danach soll ich seit 1984 Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS gewesen und unter dem Decknamen "Michael" als IM geführt worden sein. Ein sogenannter Führungsoffizier des MfS hätte über mich eine Akte angelegt, die aus heutiger Sicht unvollständig sei. Es könne jedoch "nach aktueller Praxis" der Stasiunterlagenbehörde aus den Akten geschlossen werden, IM "Michael" sei meiner Person zuzuordnen und dieser hätte sich mit dem MfS "offenbar" in einer "konspirativen Wohnung" getroffen. IM "Michael" soll "auftragsgemäß" Kontakte in Westberlin und in der BRD zu Unternehmen geknüpft haben. Es soll eine Information von IM "Michael" über einen Besuch beim Britischen Botschafter vorliegen. Ferner wurde berichtet, ich hätte "zugegeben", mich mit einem "Stasi-Mann" getroffen und diesem Informationen gegeben zu haben.

Hierzu stelle ich fest:

Ich habe niemals für das MfS gearbeitet oder mich bereit erklärt, diesem Informationen zu liefern. Wenn das MfS Unterlagen zu mir angelegt hat, war mir das zu DDR-Zeiten nicht bekannt. Ebenso wenig war mir damals bekannt, dass mir ein Deckname IM "Michael" zugeordnet worden war. Ich habe mich auch nicht in einer Lokalität aufgehalten, die mir als "konspirative Wohnung" des MfS erkennbar war.

Nachdem ich die Möglichkeit hatte, die im Bericht der „Abendschau“ verwendeten Unterlagen beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen einzusehen, halte ich weiter fest:

Den Unterlagen des MfS zu IM "Michael" sind keinerlei Berichte von mir zu entnehmen, ebenfalls fehlt es an der sonst üblichen IM-Verpflichtungserklärung.

Tatsächlich hat es zwischen 1984 und 1989 etwa sechs Verhöre und Vorladungen durch unterschiedliche Personen gegeben, von denen ich später ausging, dass sie dem MfS zuzuordnen waren. Damals traten diese Personen mir gegenüber z. B. als Kriminalpolizisten auf und hatten mich zu Hause aufgesucht oder vorgeladen. Bei solchen Befragungen habe ich zu mir gegenüber gemachten Vorwürfen Stellung genommen (z. B. behaupteten Devisenvergehen). Ich ging ab etwa 1987 davon aus, dass es sich um Personen des MfS handelte, da diese mich allgemein zu meiner selbständigen Arbeit als Bildjournalist befragten oder zu Ereignissen, die ich selbst wahrgenommen hatte. Meine Antworten dazu beschränkten sich auf meine Person und ich bestätigte auf entsprechende Vorhalte, an einer bestimmten Veranstaltung teilgenommen zu haben (z. B. Veranstaltung in der Britischen Botschaft). Die Vorladungen waren für mich nicht vorhersehbar. Ich habe dabei niemals "Aufträge" des MfS angenommen oder mich bereit erklärt, für dieses Informationen zu liefern.

Ich war in den 1980er-Jahren als freiberuflicher Fotojournalist tätig und durfte als solcher aufgrund eines Arbeitsvisums 1987 einmal und 1988 und 1989 einige Male in den Westen reisen. Mir zu unterstellen, ich hätte hierbei "auftragsgemäß" Informationen für das MfS gesammelt, ist unzutreffend und es findet sich für diese Behauptung auch keine Bestätigung in den von mir eingesehenen Stasiakten.

Die für den Bericht verantwortliche RBB-Reporterin ist seit über 5 Jahren im Besitz der Unterlagen. Es ist für mich offensichtlich, dass diese bislang als bedeutungslos eingestuft wurden. Mir ist absolut schleierhaft, wieso der RBB die Inhalte dieser Unterlagen nun zu einer Verdachtsberichterstattung mit angeblich neuen exklusiven Fakten genutzt hat und mich nach über 5 Jahren Kenntnis dieser Unterlagen nun innerhalb weniger Stunden zu Aussagen nötigen wollte.

Berlin, 05.10.2015

Bernd Lammel